

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Gegenwart – Was können Gedenkstätten tun?

Oliver von Wrochem

Gedenkstätten sind gegenwärtig als Orte der Public History¹ im vereinigten Deutschland wesentlicher Teil eines Selbstverständnisses, das in der gesellschaftspolitischen Überzeugung ihren Ausdruck findet, die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen bilde einen unhintergehbaren Orientierungspunkt in und für die bundesdeutsche Identität. Diese in vielfältigen Varianten verbreitete Sichtweise wird allerdings durch geschichtsrevisionistische Interventionen eines »demagogischen Populismus« infrage gestellt, »der kalt und nüchtern Fundamente unserer Demokratie angreift«, so der ehemalige Leiter der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Günter Morsch. (»Wir müssen eine andere Form der Vermittlung finden«, in: Der Tagesspiegel, 8. 5. 2018, www.tagesspiegel.de/politik/brandenburger-gedenkstaetten-wir-muessen-eine-andere-form-der-vermittlung-finden/21248450.html) (9.7.2018) Die fortgeführte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, erinnerungskulturelle Aktivitäten und die Gedenkstättenarbeit stoßen teilweise auf offenen Widerspruch. Affirmativ-nationalgeschichtliche und völkische Geschichtsinterpretationen erleben eine Renaissance, überkommen geglaubte Ausgrenzungsideologien, die eine Schwächung demokratischer Strukturen und demokratischer Denk- und Handlungsweisen zur Folge haben, werden durch rechtspopulistische Bewegungen verstärkt öffentlich vertreten.

Gedenkstätten gelten bei politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vor dem Hintergrund der revisionistischen Tendenzen und angesichts des Erstarkens von Antisemitismus und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als tragende Säulen bei dem Versuch, eine demokratische Orientierung in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten bzw. zu verankern. Sie können, so eine verbreitete Meinung, nicht nur präventiv, sondern auch reaktiv dafür Sorge tragen, dass sich die vielfältigen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht weiter ausbreiten. Die Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli (SPD) hat im Januar 2018 in diesem Sinne Pflichtbesuche in den Gedenkstätten vorgeschlagen: »Ich fände es sinnvoll, wenn jeder, der in diesem Land lebt, verpflichtet würde, mindestens einmal in seinem Leben eine KZ-Gedenkstätte besucht zu haben.«² Dieser Vorschlag ist nicht zuletzt aus den Gedenkstätten selbst kritisiert worden, denn Zwangsmaßnahmen sind wenig erfolgversprechend und Gedenkstätten sind nicht per se Orte der demokratischen Läuterung.³

Doch können sie zumindest die verbreitete Erwartung erfüllen, dass Besuche an den historischen Orten zu einer Erziehung für eine geschichtsbewusste Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beitragen können? Kann den Phänomenen Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Diskriminierung von und an Gedenkstätten beispielsweise in der pädagogischen Arbeit oder durch geschichtspolitische Interventionen sinnvoll entgegengewirkt werden

und wenn ja, in welcher Weise? Diese Leitfrage eines von der Stiftung Topographie des Terrors, der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und des Anne Frank Zentrums ausgerichteten Fachtags 2018⁴ bildet den Ausgangspunkt meiner nachfolgenden Überlegungen. Mein Beitrag reflektiert zunächst exemplarisch verbreitete Haltungen gegenüber bzw. Umgangsweisen mit der NS-Vergangenheit in Deutschland und aus diesen Positionen resultierende Erwartungen an Gedenkstättenbesuche. Anschließend werden die Bedingungen abgesteckt, unter denen Gedenkstätten im Kampf gegen gegenwärtige Ausgrenzungsideologien und -praktiken, Geschichtsrevisionismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sinnvollerweise einen Beitrag leisten können.

Aktuelle Formen des Umgangs mit NS-Verbrechen in Deutschland

Im vereinigten Deutschland werden Gedenkstättenbesuche meist in den Kontext nationalstaatlich gedachter Identitätsbildung gestellt.⁵ Die NS-Verbrechen gelten dabei als negativer Orientierungsrahmen des »deutschen« Erinnerungskollektivs. Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit wird auf diese Weise mit der Frage der Zugehörigkeit verknüpft. Dies wird besonders deutlich in der Debatte um die Integration von nach Deutschland Zugewanderten. Sorgen hinsichtlich des Geschichtsbewusstseins dieser in sich heterogenen Gruppe wurden in Politik und Medien verbunden mit der Forderung, die Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen auch in dieser Gruppe als zentralen Orientierungspunkt zu verankern. Den Zugewanderten wird dabei unterstellt, sie hätten in der Regel zum historischen Erbe der NS-Verbrechen keinen Bezug. Umgekehrt wird angenommen, eine Aufklärung über Nationalsozialismus und Antisemitismus an den historischen Orten der Verbrechen könne beispielsweise Antisemitismus bei Zugewanderten begrenzen oder sogar einen Einstellungswandel bewirken. In diese Richtung weist die Diskussion darüber, ob Besuche ehemaliger Konzentrationslager Bestandteil von Integrationskursen sein sollten und als Mittel betrachtet werden könnten, Antisemitismus bei Migrantinnen und Migranten zu bekämpfen. Übergangen wird dabei in der Regel, dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft ein viel weitergehendes Problem mit von rechtspopulistischen Bewegungen inzwischen offen formulierten Haltungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (neben Antisemitismus insbesondere mit Rassismus und Antiziganismus) hat.

Doch auch wer die Fragilität der demokratischen Orientierung in der Mehrheitsgesellschaft nicht ausblendet, degradiert Gedenkstätten häufig zu schlichten Erziehungsinstanzen bei der Stärkung einer Identität »nach Auschwitz«. Die Forderungen nach Gedenkstättenbesuchen für »Zugewanderte« und »Deutsche« zielen dann darauf, in Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit als Negativfolie eine demokratische, nationalstaatliche Orientierung für alle zu erreichen. Ein weiterer Grundgedanke ist, dass diese Besuche gegen Ausgrenzungsideologien immunisieren könnten. Mit Blick auf die deutschen Besuchenden geht es häufig um eine Immunisierung gegen rechte Ideologien, mit Blick auf die Zugewanderten dagegen vielfach um muslimischen Antisemitismus. In derartigen Zielsetzungen liegen jedoch Gefahren, die Martin Sabrow wie folgt beschreibt: »Allein der Glaube, dass aus der Geschichte gelernt und damit ihre Wiederholung verhindert werden könne, [...] nimmt sie [die Historie] gleichzeitig in den Dienst

eines volkspädagogischen Zwecks, der die kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlich anerkannten Meistererzählungen ihrer eigenen Zeit erschwert.«⁶

Die Frage, wie sich die deutsche Gesellschaft zur NS-Vergangenheit und zu Gedenkstätten positioniert, war zuletzt Gegenstand einer Studie, die die Universität Bielefeld im Auftrag der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« 2018 auf den Weg gebracht hat.⁷ Unter dem Titel »Trügerische Erinnerungen: Wie sich Deutschland an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert« wurden 1016 Personen nach ihren Einstellungen bezüglich der Vergangenheit befragt. Die Studie stellte heraus, dass der Nationalsozialismus überwiegend als Teil der »deutschen Identität« angesehen werde. 64 % der Befragten antworteten in diesem Sinne – gemessen daran, um was es geht, ist dies m.E. keine sehr große Mehrheit. Vielmehr lese ich diese 64 % eher als ein Warnsignal. Immerhin 14 % der Befragten vertreten einen konträren Standpunkt und 19 % zeigen sich unentschieden. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass nur etwa 18 % der Befragten davon ausgehen, dass es in ihren Familien Beteiligte an den NS-Verbrechen gab, während die Mehrheit in den Familien und der deutschen Gesellschaft verbreiteten Opfernarrativen folgt und sich mit der realen Verantwortung der Mehrheitsgesellschaft im Nationalsozialismus nicht auseinanderzusetzen bereit ist. Es gibt zu wenig empirische Forschungen dazu, welche Wirkungen Besuche an Stätten der NS-Verbrechen entfalten. Laut besagter Studie hinterlässt der Besuch bei den Befragten einen starken bleibenden Eindruck und trägt mit dafür Sorge, dass immerhin 84 % von ihnen es als wichtiges Ziel von Bildungsarbeit betrachten, zu »verhindern, dass der Nationalsozialismus zurückkommt«, und 79 % zu »lernen, welchen Schaden Rassismus anrichten kann«. Gedenkstättenbesuche werden demnach als wirksam wahrgenommen für ein Lernen in der und für die Gegenwart. Offen bleibt jedoch, ob die Befragten eine Brücke in die Gegenwart schlagen und wie sie das, was aktuell in Deutschland geschieht, mit dem, was im Nationalsozialismus geschehen ist, in Verbindung bringen.

Was getan werden müsste zur Bekämpfung von gegenwärtigen Ausgrenzungsideologien und -praktiken thematisiert der Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2018. Er versteht die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen als Auftrag an die gegenwärtige Gesellschaft: »Unsere Geschichte mahnt uns, antidemokratischem, rassistischem und nationalistischem Gedankengut entschieden zu begegnen.«⁸ Der Vertrag delegiert allerdings die Verantwortung für die Gestaltung einer ausgrenzungs- und rassismusermöglichten demokratischen Gesellschaft weitgehend an die nachwachsenden Generationen. Zwar heißt es, dass »wir Deutschen eine immerwährende Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus« hätten. Daraus wird aber nicht gefolgert, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sei als ein Prozess des lebenslangen Lernens auch der politischen und gesellschaftlichen Eliten und Institutionen zu verstehen. Nicht die Entscheidungsträgerinnen und -träger der Gesellschaft, sondern Jugendliche werden als bildungsbedürftig markiert. Der Vertrag schlägt in diesem Sinn vor, Programme für Jugendliche aufzulegen, »Austausch und Begegnungen sowie Gedenkstättenfahrten mit entsprechenden Workshops für Schulklassen zu fördern und damit dem wachsenden Antisemitismus und Antiziganismus entgegenzuwirken.«⁹

Den dargestellten Positionen einer demokratischen Orientierung durch die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen an Gedenkstätten stehen bekanntlich Positionen gegenüber, die dieses

Ziel diffamieren. Zunehmend treten Gruppen und Bewegungen aus dem lange als konsensual geltenden Erinnerungsimperativ an den Nationalsozialismus als zentraler Grundlage »deutscher« Identität »nach Auschwitz« heraus. Diese Gruppierungen lösen den Bezug zum Nationalsozialismus als Orientierungspunkt für die Gegenwart durch ein nationalpositives Selbstbild ab, das als, in diesem Fall völkisch verstandene, »deutsche Identität« ins Gespräch gebracht wird. Problematisch wird dies insbesondere, wenn derartige Akteure geschichtsrevisionistisch in das Feld der historisch-politischen Bildung hineinwirken.¹⁰

Zu den Protagonistinnen und Protagonisten der vergangenheitspolitischen Wende gehört der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Thüringischen Landtag Björn Höcke, der im Januar 2017 den Versuch unternahm, geltende Werte und Normen der deutschen Gesellschaft in Bezug auf die NS-Vergangenheit umzucodieren. Er forderte nichts weniger als den Austausch der Erinnerungen in der deutschen Gesellschaft, verbunden mit der These, die Mehrheit der Bevölkerung sei für das Ende einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und damit für ein Ende der von ihm so bezeichneten »dämlichen Bewältigungspolitik«. Seine Schlussfolgerung: »Wir brauchen so dringend wie niemals zuvor diese erinnerungspolitische Wende um 180 Grad, liebe Freunde. [...] Wir haben keine Zeit mehr, tote Riten zu exekutieren. [...] Wir brauchen keine hohlen Phrasen mehr in diesem Land, wir brauchen eine lebendige Erinnerungskultur, die uns vor allen Dingen und zuallererst mit den großartigen Leistungen der Altvorderen in Berührung bringt.«¹¹

Die rechtspopulistische Agitation gegen die Repräsentation der NS-Verbrechen, die sich zuvorderst auch gegen die Gedenkstätten richtet, ist hierbei nicht aus einer Position der vollständigen Ausblendung von Täterschaft entwickelt. Sie knüpft vielmehr an die Vorstellung an, die NS-Vergangenheit nach Jahrzehnten der Aufarbeitungsbemühungen hinter sich lassen zu können, weil Deutschland bereits zu lange damit identifiziert werde und darüber den Bezug zu den positiven Aspekten deutscher Geschichte verlöre. Diese Form der Instrumentalisierung von Geschichte für politische Zwecke gewinnt derzeit nicht nur in der AfD an Boden. Einer der Gründe ist sicherlich, dass hier etwas vergessen gemacht werden soll, wie Mirjam Zadoff, die neue Leiterin des NS-Dokumentationszentrums in München, herausgestellt hat: »Es ist kein Zufall, dass die Forderungen nach einer ›Wende in der Erinnerungskultur‹ gerade jetzt laut werden. Der Blick auf Europa zeigt, dass eine erbarmungslose Flüchtlingspolitik häufig einhergeht mit einem problematischen Verständnis der eigenen Geschichte. Wenn gefordert wird, die Grenzen dichtzumachen, dann stört die Erinnerung an die Ausgrenzungsgesellschaft des Nationalsozialismus.«¹².

Voraussetzungen, Zielsetzungen und Inhalte einer Gedenkstättenarbeit im Kontext der Bearbeitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gegenwart

Wie können Gedenkstätten ihre Arbeit ausrichten, um Perspektiven aufzeigen zu können, die relevante Antworten auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen bieten? Und umgekehrt, in welcher Weise müssen sich gesellschaftspolitische Interpretationsrahmen und damit die Bedingungen und Zielsetzungen von Gedenkstättenbesuchen verschieben, damit sinnvolle Öffnungen hin zu gegenwartsorientierten Perspektiven ermöglicht werden? Es braucht zuerst

einmal eine differenzierende Analyse von Ursachen und Formen der nationalsozialistischen Gewalt-, Verfolgungs- und Besatzungspolitik, der Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, der Akteursgruppen in den einzelnen Ländern und deren Interaktionen miteinander. Gerade der Blick auf die Anfänge des Nationalsozialismus zeigt die Brüchigkeit der modernen Demokratie. Die Teilhabe von Millionen sogenannter »Volksgenossen« an Ausgrenzung und Verfolgung, die Ursachen der NS-Gewalt, ihre Durchsetzung, die Umwertung der gesellschaftlichen Normen und Werte, die Handlungsspielräume und Verantwortung Einzelner sowie von Gruppen und Institutionen im Nationalsozialismus müssen verstärkt thematisiert werden. Der öffentliche Diskurs hat zu einer Entdifferenzierung des Geschichtsbewusstseins hinsichtlich der Verfolgtengruppen geführt. Unter den Millionen von Verfolgung Betroffenen waren nicht nur Juden und Jüdinnen, sondern auch Sinti und Roma, Menschen mit Behinderungen und politische Gegner und Widerstandskämpfer, Wehrmachtsdeserteure, Zeugen Jehovas, Homosexuelle, als asozial und kriminell diffamierter, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter sowie Millionen Zivilisten beiderlei Geschlechts in den besetzten Gebieten Europas, um nur einige zu nennen. Auch hinsichtlich des Verhaltens der nichtbetroffenen Mehrheitsgesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland und der Handlungsweisen anderer mittelbar oder unmittelbar Beteiligter, beispielsweise in den besetzten oder mit Deutschland zusammenarbeitenden Ländern, wird oft zu wenig differenziert.

Die verbreitete Vorstellung einer deutschen Identität »nach Auschwitz« bindet, wie aufgezeigt, Identität und Zugehörigkeit an »deutsche« Herkunft. In dieser Logik werden die vielfältig vorhandenen Bezüge von Zugewanderten zu Zweitem Weltkrieg und Nationalsozialismus als irrelevant ausgegrenzt und die globale historische Tragweite, die transnationalen Dimensionen und Folgen der Verbrechen und deren Bedeutung für die mittelbar Beteiligten bzw. Betroffenen ausgeblendet. Durch die nationale Vereinnahmung des historischen Geschehens und des Gedenkens wird übergegangen, dass die meisten in Deutschland lebenden Menschen direkt oder indirekt biografische Berührungspunkte zum Zweiten Weltkrieg, zum Nationalsozialismus und seinen Verbrechen haben. Die Perspektiven von Menschen, deren Vorfahren während des Nationalsozialismus in Deutschland lebten, trifft heute auf Perspektiven von Menschen, deren Vorfahren während des Nationalsozialismus in europäischen Ländern lebten, die Deutschland besetzt hatte, die mit Deutschland verbündet waren, kollaborierten oder die sich für neutral erklärten. Weiterhin trifft sie auf die Perspektiven von Menschen, deren Vorfahren während des Nationalsozialismus in außereuropäischen Ländern lebten, aber mit Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg nichtsdestotrotz direkt oder indirekt in Berührung kamen. Beispielsweise dadurch, dass sie Familienangehörige haben, die als Kolonialsoldaten aufseiten der Alliierten oder auch der Achsenmächte kämpften oder zu Verfolgten des Nationalsozialismus wurden.¹³ Auch die Kämpfe um Dekolonisation waren stark von den globalen Mächtekonstellationen geprägt, so wenn die Achsenmächte lokale Kräfte in ihrem Befreiungskampf gegen die alliierten Kolonialmächte unterstützten. Der Blick auf das historische Geschehen kann je nach Herkunft, sozialem Milieu und biografischem Hintergrund in den genannten Gruppen unterschiedlich sein. Alle von ihnen haben aber mittelbar oder unmittelbar familiäre Berührungspunkte zu Erfahrungsebenen und Handlungspraxen verschiedener Akteursgruppen, insbesondere zu Erfahrungen von Täterschaft oder Verfolgung in der Zeit des Nati-

onalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges.

Weit verbreitet ist ein entpersonalisierendes, abstraktes Wissen vom Nationalsozialismus. Gegenüber tatbeteiligten Männern, Frauen und sonstigen Beteiligten dominieren Entlastungsstrategien. Auch werden die strukturellen Übergänge und Brüche zwischen Täterschaft, stillschweigender Zustimmung, Resistenz und Widerstand ausgeblendet. Die Anknüpfungen an simplifizierende deutsche Opfernarrative in der Diskussion um die Bundesstiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« und das in jüngster Zeit reaktivierte Bild der sauberen deutschen Wehrmacht sind nur einige Beispiele dafür; hier ist ein Rückfall in vergangenheitspolitische Vorstellungen der 1950er-Jahre zu beobachten, verbunden mit dem Verweis, es sei genug aufgearbeitet worden. Begünstigt werden derartige Äußerungen dadurch, dass das Wissen von der Teilhabe an Verbrechen durch eigene Verwandte und deren Handlungsmotivation weiterhin gering ist.

Gerade an Gedenkstätten kann vermittelt werden, dass Erfahrungen der Besatzungspolitik, der Verfolgung, des Widerstands, der Kollaboration und der vielfältigen Formen der Massenverbrechen an Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen neben der Judenvernichtung für viele Menschen in Europa und in Deutschland relevante Referenzpunkte des Erinnerns bilden, eben weil sie in die Geschichten vieler Familien hineinreichen. In einem geschichtsbewussten Ansatz können an Gedenkstätten multiple Gedächtnis-formen in der postnationalsozialistischen, postsozialistischen und postkolonialen Ära in ein Verhältnis zueinander gesetzt werden. Indem die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und der Kampf gegen gegenwärtige Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bezug zueinander gesetzt werden, kann darauf verwiesen werden, dass wir in einer Welt vielfältiger Bezüge und Verflechtungen leben. Anknüpfungspunkte transnationaler Perspektiven auf die Verbrechen und ihre Folgen bis in die Gegenwart können historische Formen von Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus und Kolonialismuserfahrungen bilden. Von dort aus können Kontinuitäten und Brüche, bezogen auf Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, aber auch gegenwärtige Formen von Ausgrenzungsideologien und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit analysiert und Bezüge ganz unterschiedlicher Besucherinnen und Besucher aufgegriffen werden. Auch verflechtungsgeschichtliche Perspektiven auf Kolonialismus, Nationalsozialismus, Stalinismus sowie die transnationalen Dimensionen und Zusammenhänge zwischen Flucht, Migration und Rassismus bilden Anknüpfungspunkte für ein zeitgemäßes historisch-politisches Lernen auf Grundlage eines »global orientierten Geschichtsbewusstseins«.¹⁴

Ziel der Gedenkstättenarbeit sollte die Überwindung nationaler Erzählungen bei gleichzeitiger Akzeptanz von Differenzenerfahrungen sein. Dafür sollte der genuin nationalstaatliche und differenzierungsarme Interpretationsrahmen hinsichtlich der NS-Zeit zugunsten transnationaler und differenzierender Annäherungen aufgegeben werden. Das »Vermächtnis« der Überlebenden der nationalsozialistischen Konzentrationslager, das die internationalen Lagerkomitees 2009 verabschiedeten, erklärte es zur Aufgabe aller Staaten der internationalen Gemeinschaft, »die menschliche Gabe der Erinnerung und des Gedenkens auch in Zukunft zu bewahren und zu würdigen.« Der Kampf »für eine gerechte, friedliche und tolerante Welt [...], eine Welt, in der Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus keinen Platz haben sollen«¹⁵, gehe alle an. Ohne Zweifel haben Menschen auf der ganzen Welt dieses Vermächtnis angenommen und

handeln nach der Maxime, dass sich derartige Verbrechen nicht wiederholen dürfen. Insbesondere die Nachkommen ehemals Verfolgter des Naziregimes sehen es häufig als ihren Auftrag an, sich aktiv gegen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einzusetzen. Insgesamt sehen aber viel zu viele Menschen keinen Handlungsbedarf.

Schlussbemerkung

Kern des Auftrags von Gedenkstätten bleibt die differenzierte Vermittlung der Verbrechen, die während des Nationalsozialismus verübt wurden. Sie bilden auch den Ankerpunkt der Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Formen von Ausgrenzungsideologien und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Auf Basis historisch fundierter Perspektiven können an Gedenkstätten jedoch auch aktuelle Formen von Geschichtsrevisionismus, Rechtspopulismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Blick genommen werden, wenn die Voraussetzungen und Zielsetzungen dieser Bezugnahme reflektiert werden. Gedenkstätten müssen ihre Konzepte dafür neu justieren. In Schulungen für diverse Gruppen, darunter gesellschaftliche Verantwortungsträgerinnen und -träger, sollten deshalb gesellschaftlich-strukturell sowie institutionell wirksame Mechanismen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die eigenen Positionen dazu thematisiert und reflektiert werden. Dabei sollten die Erfahrungen diverser Besucherinnen und Besucher reflektiert und einbezogen werden, z.B. von Berufsgruppen, Jugendlichen mit unterschiedlichen Herkunftserfahrungen, multinational zusammengesetzten Gruppen, Nachkommen von Tatbeteiligten, Verfolgten, Zuschauenden und andere. Ziel von Gedenkstättenbesuchen sollte neben der Vermittlung historischen Wissens sein, in Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte heute vorherrschende Interpretations- und Wahrnehmungsmuster zu bearbeiten, wo nötig, zu dekonstruieren und damit ein Bewusstsein für die gesellschaftliche Heterogenität und Diversität zu schaffen.

Gedenkstättenbesuche sollten demnach nicht die Ausbildung einer vermeintlich »deutschen Identität« stärken, sondern auf die Förderung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins zielen, in dem öffentlich-gesellschaftliche Formen des Umgangs mit dem Nationalsozialismus und private, familiäre Überlieferungen aufeinander bezogen werden. Es ist nötig, in der Vermittlungsarbeit deutlicher zu machen, dass die nationalsozialistischen Verbrechen zwar einen deutschen Ursprung hatten, allerdings in einer Welt vielfältiger, transnational und global wirkender Bezüge und wechselseitiger Einflüsse stattfanden. Wenn an Gedenkstätten Bezüge zur Gegenwart hergestellt werden, sollten die Kontexte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit differenziert erschlossen und die vorherrschenden, nationalstaatlich geprägten Interpretationen der NS-Vergangenheit viel stärker als bisher hinterfragt werden. Zudem braucht es eine reflektierte Auseinandersetzung aller mit den herrschenden Ausgrenzungsideologien und -strukturen sowie den vielfältigen Folgen der NS-Vergangenheit in der gesellschaftlichen Gegenwart. Dabei können dann auch Handlungsspielräume und Verantwortung Einzelner wie auch von Gruppen und Institutionen in Gesellschaften heute in Augenschein genommen und für gegenwärtige Gefährdungen von Demokratie und Menschenrechten sensibilisiert werden.

Dr. Oliver von Wrochem, Historiker, ist stellvertretender Direktor und Leiter der Abteilung Bildung und Studienzentrum in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Er forscht und publiziert zum Zweiten Weltkrieg und zur Aufarbeitung in Gesellschaft und Familie sowie historisch-politischer Bildung.

-
- ¹ Vgl. Martin Lücke / Irmgard Zündorf, *Einführung in die Public History*, Göttingen 2018, S. 122–132.
 - ² Miriam Hollstein, SPD-Politikerin fordert: KZ-Pflichtbesuch für Deutsche und Migranten, in *Bild am Sonntag*, 7. 1. 2018.
www.bild.de/politik/inland/konzentrationslager/pflichtbesuch-fuer-fluechtlinge-54396060.bild.html (9. 7. 2018)
 - ³ U.a. Gedenkstätten-Leiter über Pflichtbesuche: »Die nicht wollen, müssen nicht«, in: *taz*, 10. 1. 2018.
www.taz.de/Gedenkstaetten-Leiter-ueber-Pflichtbesuche/!5472361 (9. 7. 2018)
 - ⁴ Fachtag des Anne Frank Zentrums an der Topographie des Terrors, 11. 4. 2018 »In zweieinhalb Stunden gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und ...« Die Bearbeitung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an Gedenkstätten für NS-Opfer, Programm unter:
www.annefrank.de/fileadmin/Redaktion/Service/Dokumente/Einladung_Fachtag_Gedenkstaetten_GMF.pdf (9. 7. 2018)
 - ⁵ Vgl. KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.), *Gedenkstätten und Geschichtspolitik*, Bremen 2015; Cornelia Siebeck, 50 Jahre »arbeitende« NS-Gedenkstätten in Deutschland. Vom gegenkulturellen Projekt zur staatlichen Gedenkstättenkonzeption – und wie weiter? In: *Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen*, hg. von Elke Gryglewski, Verena Haug, Gottfried Köbler, Thomas Lutz und Christa Schikorra im Auftrag der AG Gedenkstättenpädagogik, Berlin 2015, S. 19–43.
 - ⁶ Martin Sabrow, *Geschichte als Instrument: Variationen über ein schwieriges Thema*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42/43 2013, S. 3–11, Zitat S. 9, hier zitiert nach:
www.bpb.de/apuz/170160/variationen-ueber-ein-schwieriges-thema?p=all (9. 7. 2018).
 - ⁷ Auszüge aus der Studie »Memo Deutschland – multidimensionaler Erinnerungsmonitor« finden sich unter:
www.stiftung-evz.de/service/presse/pressemitteilungen-2018/pm-studie-erinnerungskultur.html
www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Pressemitteilungen/MEMO_PK_final_13.2.pdf (9. 7. 2018).
 - ⁸ Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, 14. März 2018, S. 119,
www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/koalitionsvertrag-inhaltsverzeichnis.html (9. 7. 2018).
 - ⁹ Ebenda, S. 167 f.
 - ¹⁰ Danijel Majic, Historiker kritisieren AfD-nahe Stiftung. Wissenschaftler und Pädagogen sprechen von Geschichtsrevisionismus und fordern in einer Petition eine Prüfung der Desiderius-Erasmus-Stiftung.
www.fr.de/politik/ns-forschung-historiker-kritisieren-afd-nahe-stiftung-a-1584550 (6. 10. 2018).
Die Petition selbst kann hier nachgelesen werden:
www.openpetition.de/petition/online/keine-steuergelder-fuer-geschichtsrevisionismus (6. 10. 2018)
 - ¹¹ Höcke-Rede im Wortlaut »Gemütszustand eines total besiegten Volkes«, in: *Der Tagesspiegel*, 19. 1. 2017,
www.tagesspiegel.de/politik/hoেকে-rede-im-wortlaut-weizsaeckers-rede-zum-8-mai-1945-war-gegen-das-eigene-volk/19273518-3.html (9. 7. 2018).

-
- ¹² Flüchtlinge und Erinnerungskultur. »Wir büßen unsere Menschlichkeit ein«, in: Der Spiegel, 6. 7. 2018, www.spiegel.de/politik/ausland/mirjam-zadoff-wir-buessen-unsere-menschlichkeit-ein-a-1216552.html (9. 7. 2018).
- ¹³ Vgl. zu dieser These und ihren Folgen für das Geschichtsbewusstsein Oliver von Wrochem, Historisch-politisches Lernen an Gedenkstätten in transnationaler und globalgeschichtlicher Perspektive, in: Volkhard Knigge / Sybille Steinbacher (Hg.), Geschichte von gestern für Deutsche von morgen? Die Erfahrung des Nationalsozialismus und historisch-politisches Lernen in der (Post-)Migrationsgesellschaft (i.E.).
- ¹⁴ Susanne Popp, Ein »global orientiertes Geschichtsbewusstsein« als zukünftige Herausforderung der Geschichtsdidaktik? In: Onlinejournal für Sozialwissenschaften und ihre Didaktik 1–2002, <http://jsse.org/index.php/jsse/article/viewFile/446/362> (9. 7. 2018).
- ¹⁵ Im Wortlaut: »Vermächtnis der Überlebenden«. Erinnerung bewahren – authentische Orte erhalten – Verantwortung übernehmen, www.auschwitz.info/de/essentials/wichtige-texte/das-vermaechtnis-der-ueberlebenden.html (9. 7. 2018).